

**Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren**

**– Drucksache BR 208/24 –**

**Der Deutsche Bundestag wolle beschließen,**

**den Gesetzentwurf auf Drucksache BR 208/24 mit folgenden Maßgaben - im Übrigen unverändert – anzunehmen**

1. Nach Artikel 1 wird folgender Artikel 2 eingefügt:

**„Artikel 2**

**Änderung des Aufenthaltsgesetzes**

Das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 152) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 27 Absatz 3a Nummer 1 werden die Wörter „schwere staatsgefährdende Gewalttat“ durch die Wörter „terroristische Straftat“ ersetzt und nach den Wörtern „vorbereitet oder vorbereitet hat“ die Wörter „oder nach § 89a Absatz 2a des Strafgesetzbuches versucht, eine solche terroristische Straftat vorzubereiten, oder nach § 89a Absatz 2b des Strafgesetzbuches versucht, eine andere Person zur Begehung einer solchen terroristischen Straftat anzustiften“ eingefügt.
2. § 54 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nummer 2 werden die Wörter „schwere staatsgefährdende Gewalttat“ durch die Wörter „terroristische Straftat“ ersetzt und werden nach den Wörtern „vorbereitet oder vorbereitet hat“ die Wörter „oder nach § 89a Absatz 2a des Strafgesetzbuches versucht, eine solche terroristische Straftat vorzubereiten, oder nach § 89a Absatz 2b des Strafgesetzbuches versucht, eine andere Person zur Begehung einer solchen terroristischen Straftat anzustiften“ eingefügt.
    - bb) Nummer 5 wird wie folgt geändert:
      - aaa) In dem Satzteil vor Buchstabe a werden die Wörter „von Schriften“ durch die Wörter „eines Inhalts (§ 11 Absatz 3 des Strafgesetzbuches)“ ersetzt.
      - bbb) In Buchstabe c werden die Wörter „terroristische Taten von vergleichbarem Gewicht“ durch die Wörter „eine terroristische Straftat“ ersetzt.
  - b) Nach Absatz 2 Nummer 3 wird folgende Nummer 3a eingefügt:

„3a. durch Belohnung oder Billigung einer terroristischen Straftat den Tatbestand des § 140 des Strafgesetzbuches verwirklicht,“.

2. Der bisherige Artikel 2 wird Artikel 3.
3. Der bisherige Artikel 3 wird Artikel 4 und wie folgt gefasst:

#### „Artikel 4

#### Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am ... [einsetzen: Datum des ersten Tages des siebten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] in Kraft.

(2) Artikel 2 tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/ 541 zur Terrorismusbekämpfung in Kraft tritt, frühestens jedoch am Tag nach Verkündung dieses Gesetzes.

#### **Begründung**

##### **Zu Nummer 1 (Artikel 2)**

##### Zu Nummer 1 (§ 27 Absatz 3a Nummer 1 AufenthG)

Der in § 27 Absatz 3a Nummer 1 AufenthG genannte Tatbestand orientiert sich an den Voraussetzungen für das Vorliegen eines besonders schwerwiegenden Ausweisungsinteresses nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG. Zu dessen Änderungen im Folgenden unter Nummer 2.

Durch die Anpassung des § 27 Absatz 3a Nummer 1 AufenthG wird als Folgeregelung eine Familienzusammenführung zukünftig auch für solche Fälle ausgeschlossen, in denen die stammberechtigte Person nach § 89a Absatz 2a StGB versucht, eine dort genannte terroristische Straftat vorzubereiten, oder nach § 89a Absatz 2b StGB versucht, eine andere Person zur Begehung einer solchen terroristischen Straftat anzustiften.

Entsprechend des Grundtatbestandes ist auch bei dieser Ergänzung erforderlich, dass die Handlung die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Der Tatbestand sieht insoweit einen Gegenwartsbezug vor. Soweit das Verhalten keinen Gegenwartsbezug mehr aufweist, da sich die jeweilige Person beispielsweise erkennbar und glaubhaft von ihrem zurückliegenden Verhalten distanziert hat, ist der Tatbestand nicht erfüllt und damit der Versagungsgrund nicht gegeben.

Die Änderung sieht weiterhin eine begriffliche Anpassung vor, da die in Bezug genommenen Straftaten nun als „terroristische Straftaten“ zu bezeichnen sind

##### Zu Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa (§ 54 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG)

Mit den vorgenommenen Änderungen werden notwendige Anpassungen an Regelungen aus dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung vorgenommen.

Durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung wurde § 89a StGB grundlegend geändert und der Begriff der terroristischen Straftat als Ersatz für den Begriff der schweren staatsgefährdenden Gewalttat in § 89a StGB eingeführt.

Dabei wurden in § 89a Absatz 1 StGB die Vorgaben des Artikel 3 der Richtlinie Terrorismusbekämpfung umgesetzt. Artikel 3 der Richtlinie Terrorismusbekämpfung legt fest, um was es sich bei einer terroristischen Straftat handelt. Auch vorher fand sich in § 89a Absatz 1 StGB eine Aufzählung, was unter einer „schweren staatsgefährdenden Gewalttat“ zu verstehen ist. Diese Formulierung wurde an die Terminologie des Artikels 3 der Richtlinie Terrorismusbekämpfung angepasst. Zudem wurde der Straftatenkatalog erweitert, um alle in Artikel 3 der Richtlinie Terrorismusbekämpfung genannten Straftaten abzudecken.

Es ist sachgerecht, dass alle Verhaltensweisen, die über den alten Anwendungsbereich der Norm hinaus nunmehr gemäß § 89a Absatz 2 StGB der Vorbereitung einer terroristischen Straftat nach § 89a Absatz 1 StGB dienen, auch aufenthaltsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Eine Gesetzesänderung ist hierzu aber nicht erforderlich, da durch die bestehende Inbezugnahme auf § 89 Absatz 1 StGB und § 89 Absatz 2 StGB in § 54 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG bereits eine Ausweisung in all diesen Fällen möglich ist.

Zudem wurde durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes in § 89a Absatz 2a StGB zur Umsetzung von Artikel 14 Absatz 3 der Richtlinie Terrorismusbekämpfung eine Versuchsstrafbarkeit für die Vorbereitung einer terroristischen Straftat nach § 89a Absatz 1 und 2 StGB eingeführt. § 89a Absatz 2b StGB dient zur Umsetzung des Artikels 6 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz 3 der Richtlinie Terrorismusbekämpfung in das deutsche Recht. Hiernach wird auch das erfolglose Anwerben zu einer terroristischen Straftat unter Strafe gestellt.

Um auch diese strafbaren Tathandlungen bei der Vorbereitung terroristischer Straftaten aufenthaltsrechtlich zu erfassen, wurde eine entsprechende Erweiterung des § 54 Absatz 1 Nummer 2 um die Fälle des Versuchs und der versuchten Anstiftung vorgenommen. Diese ist auch erforderlich, da § 54 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG bislang nicht die Einbeziehung von § 89a Absatz 2a StGB und § 89a Absatz 2b StGB vorgesehen hat.

Die Gesetzesänderung dient der Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Rückführungsoffensive, die eine verstärkte Abschiebung von Straftätern und Gefährdern vorsieht. Die Ausweisung ist hierfür im Regelfall notwendige Voraussetzung. Als Teil eines ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes leistet die vorgenommene Erweiterung des § 54 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Extremismus.

Schließlich wird die Begriffsänderung von „schwerer staatsgefährdender Gewalttat“ in „terroristische Straftat“ in § 54 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG nachgezeichnet.

#### Zu Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb (§ 54 Absatz 1 Nummer 5 AufenthG)

Mit den vorgenommenen Änderungen wird zum einen eine notwendige Anpassung der Vorschrift an in der Vergangenheit erfolgte technische Entwicklungen vorgenommen. Der Begriff Verbreitung von Schriften ist vom Wortlaut her mittlerweile zu einschränkend und spiegelt nicht mehr alle Verhaltensweisen wieder, die von den in den Buchstaben a) bis c) des § 54 Absatz 1 Nummer 5 AufenthG genannten Tatbestandsalternativen erfasst werden sollten.

Daher wurde der Begriff Schriften durch den Begriff Inhalt, der bereits in § 11 Absatz 3 StGB legaldefiniert ist, ersetzt. Danach sind Inhalte im Sinne der Vorschriften, die auf § 11 Absatz 3 StGB verweisen, solche, die in Schriften, auf Ton- oder Bildträgern, in Datenspeichern, Abbildungen oder anderen Verkörperungen enthalten sind oder auch unabhängig von einer Speicherung mittels Informations- oder Kommunikationstechnik übertragen werden. Unter Verbreitung eines Inhalts

kann daher nunmehr etwa auch das Markieren eines Beitrags durch „Gefällt mir“ auf den Sozialen Medien wie You Tube, Instagram, TikTok etc. fallen (vgl. LG Meiningen, Beschluss vom 5.8.2022 – 6 Qs 146/22).

Im Strafgesetzbuch wird bereits in den insoweit relevanten Strafvorschriften durchgängig der Begriff der Verbreitung eines Inhalts als strafrechtlich relevante Verhaltensweise verwendet (so in § 111 Absatz 1 StGB – öffentliche Aufforderung zu Straftaten, § 130 Absatz 2 StGB – Volksverhetzung, § 140 StGB – Belohnung und Billigung von Straftaten). Dies ist nunmehr auch im Aufenthaltsgesetz in § 54 Abs. 1 Nummer 5 nachgezeichnet worden.

Des Weiteren wurden Änderungen in § 54 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe c vorgenommen. Es wurde an Stelle der terroristischen Taten von vergleichbarem Gewicht als Begrifflichkeit die nunmehr in § 89a Absatz 1 StGB legal definierte terroristische Straftat verwendet.

Der unbestimmte Rechtsbegriff „von vergleichbarem Gewicht“ wurde gestrichen, da dieser als Einschränkung auf bestimmte terroristische Taten gedachte Zusatz, auch nicht mehr zeitgemäß ist. Es ist heute angesichts der erheblichen Wirkung einer terroristischen Straftat nicht vermittelbar, warum diese Einschränkung für die Annahme eines besonders schweren Ausweisungsinteresses erforderlich sein sollte, so dass die Streichung schon aus diesem Grunde gerechtfertigt ist.

Aber selbst, wenn im Einzelfall die terroristische Straftat einmal nicht das Gewicht wie die anderen Verbrechen haben sollte, ist auch die Billigung oder das Werben für eine solche terroristische Straftat bereits geeignet, zu Hass gegen Teile der Bevölkerung aufzurufen, so dass der Zusatz auch aufgrund dieser Erwägung überflüssig ist.

Trotzdem war durch die Ausländerbehörden bislang hierdurch eine aufwändige Prüfung vorzunehmen, die regelmäßig zu Problemen in der Anwendungspraxis und im Zweifelsfall zur Nichtanwendung der Norm geführt hat.

Des Weiteren reicht von nun an die Billigung oder das Werben für eine einzelne terroristische Straftat für die Verwirklichung des Tatbestandes. Zuvor stand der Begriff im Plural (terroristische Taten), so dass das Billigen oder das Werben für eine einzelne terroristische Straftat bislang kein besonders schweres Ausweisungsinteresse begründen konnte. Angesichts der veränderten Bedrohungslage, nach der in den letzten Jahren terroristische Einzeltaten und Einzeltäter, zugenommen haben, sowie aufgrund der Zunahme sozialer Medien und der Möglichkeit, auch bereits im Rahmen einer einzelnen Handlung, einen großen Empfängerkreis erreichen zu können, wird die bisherige Regelung nicht mehr der Wirklichkeit gerecht. Auch wer nur eine einzelne Terrorstat eines Einzeltäters billigt, kann damit schon zu Hass gegen Teile der Bevölkerung im Sinne des § 54 Absatz 1 Nummer 5 AufenthG aufrufen.

Die Beschränkung auf eine einzelne „terroristische Straftat“ erleichtert die Anwendung für die Ausländerbehörden für die Zukunft daher erheblich. Dazu wird auch die nunmehr vorhandene Definition einer terroristischen Straftat in § 89a Absatz 1 StGB beitragen.

#### Zu Nummer 2 Buchstabe b (§ 54 Absatz 2 Nummer 3 AufenthG)

Neu aufgenommen wird das Vorliegen eines besonderen Ausweisungsinteresses bei Verwirklichung des Tatbestandes des § 140 StGB, sofern es sich um das Belohnen oder Billigung einer terroristischen Straftat handelt. Was unter einer terroristischen Straftat zu verstehen ist, ist nunmehr in § 89a Absatz 1 StGB legal definiert.

Bislang war eine ähnliche Regelung für den Bereich der Schleusungskriminalität und der Betäubungsmittelkriminalität vorgesehen und wird nunmehr wegen des

hohen Allgemeininteresses an der Bekämpfung von Handlungen, die als Belohnung und Billigung von terroristischen Straftaten im Rahmen des § 140 StGB einzustufen sind, ausgeweitet.

Eine strafrechtliche Verurteilung muss wie bei § 54 Absatz 2 Nummer 3 AufenthG nicht erfolgen. Liegt eine solche vor, ist auch die Möglichkeit der Anwendung des § 54 Absatz 1 Nummer 1 AufenthG zu prüfen, da hiermit ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse begründet werden kann. Wurde zu einer Freiheitsstrafe von weniger als 2 Jahren aber mehr als sechs Monaten nach § 140 StGB verurteilt, greift zusätzlich § 54 Absatz 2 Nummer 1 AufenthG. Für die Zuwiderhandlungen gegen § 140 StGB muss der Tatbestand objektiv und subjektiv vorliegen. Die Tat muss schuldhaft begangen worden sein (vgl. Bergmann/Dienelt, Ausländerrecht, 14. Auflage 2022, § 54 AufenthG, Rn. 1)

#### Erfüllungsaufwand:

Bei den Rechtsänderungen in §§ 27 Absatz 3a Nummer 1, 54 Absatz 1 Nummer 2 und 5 Buchstabe c sowie Absatz 2 Nummer 3a AufenthG handelt es sich um Rechtsänderungen mit vernachlässigbar geringem Erfüllungsaufwand. Der Prüfaufwand für die Ausländerbehörden wird zwar durch die Erweiterungen in § 89a Abs. 2a StGB und § 89a Abs. 2b StGB um Fälle des Versuchs und der versuchten Anstiftung ansteigen. Bei § 27 Absatz 3a Nummer 1 AufenthG und § 54 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG hat es aber bereits etablierte Prüfverfahren und -methoden zur Feststellung von Tatsachen gegeben, die die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer eine in § 89a Absatz 1 StGB bezeichnete schwere staatsgefährdende Straftat nach § 89a Absatz 2 StGB vorbereitet oder vorbereitet hat. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der Prüfaufwand nicht wesentlich steigen wird. Dasselbe gilt für die Änderungen des Ausweisungsrechts in §§ 54 Absatz 1 Nummer 5 und Absatz 2 Nummer 3a AufenthG, da auch hier bereits etablierte Prüfverfahren und -methoden vorliegen, um das Billigen von terroristischen Straftaten feststellen zu können.

#### **Zu Nummer 2**

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung auf Grund des neu eingefügten Artikels 2.

#### **Zu Nummer 3 (Artikel 4)**

Da die in Artikel 2 enthaltenen Regelungen durchgehend auf Änderungen aufbauen, die im Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung enthalten sind, ist vorgesehen, dass diese Regelungen erst dann in Kraft treten, wenn auch das beschriebene Gesetz in Kraft tritt.